

Biel & Region

Körper & Geist Tödlich, und doch wenig beachtet

COPD gilt hierzulande als vierthäufigste Todesursache. Rund fünf Prozent der Bevölkerung leiden an der sogenannten «Raucherlunge»; Tendenz steigend.

Seite 14

Eine Region, eine Stimme

Föderalismus Eine Reform des Ständerates sei notwendig, davon sind viele Politiker überzeugt. Nur, wer soll einen Sitz im Stöckli erhalten: Der Berner Jura, Biel oder die Frankophonen?

Beim Joggen ist Anne-Caroline Graber auf eine Idee gekommen. Eine Idee, die die politischen Strukturen der Schweiz, wie sie seit 1848 fast unverändert existieren, grundlegend verändern könnte. Die SVP-Grossrätin aus Neuenstadt plant nichts geringeres, als die Reform des Ständerates. Konkret soll die «chambre de reflexion» von 46 auf 70 Sitze vergrössert werden. Doch warum will eine Kantonspolitikerin die politischen Institutionen des Bundes verändern?

«Seit 2011 hat der Berner Jura zum ersten Mal in der Geschichte keinen eigenen Vertreter mehr im Bundesparlament», sagt Graber. Bei den Nationalratswahlen 2011 wurde ihr Vater, Jean-Pierre Graber (SVP), abgewählt. Und seither brodelt es im Berner Jura: Die frankophone Minderheit ist über die Parteigrenzen hinweg unzufrieden (siehe Infobox).

«Diese Entwicklung bedroht die Identität des Kantons», ist Graber überzeugt. Denn: Wenn Bern sich weiterhin als bilingue sehen will, und als Brücke zur Westschweiz, dann brauche es einen frankophonen Berner auf Bundesebene. Darum bereitet sie jetzt eine überarbeitete Standesinitiative vor.

Ein berechtigtes Anliegen?

Darin will die studierte Politologin den bevölkerungsreichen Kantonen mehr Gewicht geben sowie die Halbkantone abschaffen (siehe Grafik). Es sei heute nicht mehr zu rechtfertigen, dass der Halbkanton Basel-Landschaft mit 280 000 Einwohnern lediglich einen Ständerat stelle, während Schaffhausen mit nur 80 000 Einwohnern zwei habe. «Die demografische Entwicklung wird nicht beachtet. Das macht keinen Sinn», sagt sie. Gemäss ihrem Modell bekämen Bern und Zürich – die zwei einzigen Kantone mit über einer Million Einwohner – fünf Sitze im Stöckli. Einer der fünf Berner Sitze wäre für den Berner Jura reserviert. Weiter würden alle Halbkantone mindestens einen zweiten Sitz erhalten. Die restlichen Kantone erhalten abgestuft nach Bevölkerungsgrösse ihre Ständeräte. Wichtig sei, dass kein Kanton einen Sitz verliere, betont Graber.

Um auf die bernjuraassische Minderheit aufmerksam zu machen, sei Grabers Anliegen berechtigt, sagt Fritz Sager, Politologe am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern. Und dass der Schweizer Föderalismus hinsichtlich Repräsentation Schwächen hat, bestreitet er nicht. Indes: «Daraus eine vollständige Neuordnung des Ständerats abzuleiten, ist aus meiner Sicht übertrieben.»

Sager macht einen grundlegenden Fehler in der Idee aus: Ein gewichteter Ständerat würde das Prinzip des Föderalismus verletzen. Denn dieses besagt, dass alle Kantone gleich sind. «Wenn der Ständerat laufend an die Kantonsdemografie angepasst wird, verliert er seine Funktion als Vertretung der gleichberechtigten Kantone.»

Wo bleiben die Städte?

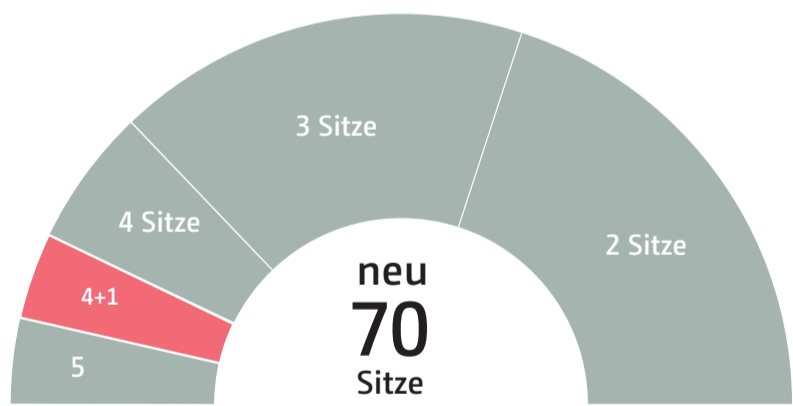
Laut Sager würde die Reform des Weiteren zu einer noch stärkeren Vertretung der bereits gut vertretenen ländlichen Randregionen im Ständerat führen. Daher erwartet der Professor für Politikwissenschaft vor allem aus den urbanen Räumen Opposition.

Tatsächlich fühlen sich die Städte gegenüber dem Land untervertreten. Vor einigen Jahren haben Vertreter des Städteverbandes verlangt, dass die Zahl der Ständeräte um zehn erhöht werden



Die beiden Berner Ständeräte Werner Luginbühl (BDP, Krattigen) und Hans Stöckli (SP, Biel) sollen Gesellschaft bekommen. Doch eine Reform des Stöcklis erscheint heute als unüberwindbare Hürde.

Olivier Gresset/af



5	4+1	4	3	2
Zürich	Bern Berner Jura	Aargau Waadt	Solothurn Basel Land Freiburg Wallis Tessin Luzern Genf St. Gallen	Thurgau Basel Stadt Graubünden Neuenburg Schwyz Zug Schaffhausen Jura Appenzell Ausserrhoden Appenzell Innerrhoden Nidwalden Glarus Obwalden Uri

Grafik: BT/ml

«Ich sehe keinen Grund, warum die ländlichen Regionen noch mehr Gewicht bekommen sollten.»

Erich Fehr, Stadtpräsident Biel

sollte, um den zehn grössten Schweizer Städten je einen Ständeratssitz zu geben. Aufgrund dieser Idee hätte Biel einen Vertreter ins Stöckli entsenden dürfen. Die Idee hatte aber keine Chance.

Eine angemessene Vertretung der Städte auf Bundesebene fordert auch Biels Stadtpräsident Erich Fehr. «Ich sehe keinen Grund, warum die ländlichen Regionen noch mehr Gewicht be-

Sitz für Berner Jura: Erster Versuch scheiterte

- Ende 2011, kurz nach den Nationalratswahlen, reichte Grossrat **Maxime Zuber** (PSA, Moutier) eine Motion ein. Er stellte fest, dass die französischsprachige Kantonsbevölkerung kaum Möglichkeiten habe, einen Sitz im Nationalrat zu erhalten. Das schade dem Kanton Bern und dem Berner Jura.
- Das **Wahlverfahren** für den Nationalrat hätte so angepasst werden sollen, dass sprachliche Minderheiten einen **garantierten Sitz** bekommen hätten.
- Der Regierungsrat gab Zuber im Juni 2012 recht. So auch der Grosse Rat, er überwies das Anliegen als Berner **Standesinitiative** mit grosser Mehrheit an das Bundesparlament.
- 2013/2014 **lehnten National- und Ständerat** die Standesinitiative jedoch sehr deutlich ab. fm

kommen sollten.» Der SP-Mann hält fest, dass die Interessen der urbanen Schweiz beim Bund zu oft ignoriert werden. Fehr anerkennt aber, dass der Berner Jura ein spezieller Fall sei, gehe es doch um eine sprachliche Minderheit innerhalb eines Kantons. «Wir müssen darum innerhalb des Kantons Bern eine Lösung suchen.»

Was tun die Berner Parteien?

Dieser Ansicht ist auch Hans Stöckli. Der Bieler sitzt seit drei Jahren für die SP im Ständerat. Grabers Reformvorschläge stossen bei ihm grundsätzlich auf offene Ohren. Grosse Chancen räumt er der Idee aber nicht ein. Wie Parteikollege Fehr glaubt auch er, dass die Berner bemüht sein müssten, selber für eine angemessene Vertretung der französischen Bevölkerung im Bundesparlament zu sorgen. Stöckli nimmt daher die Berner Parteien in die Pflicht: Bei der Listengestaltung und im Wahlkampf sollten sie dafür sorgen, dass die Frankophonen wieder ausreichend vertreten sein werden.

Am 18. Oktober 2015 wird sich zeigen, ob Stöcklis Mahnung ernst genommen wurde. Dann finden die nächsten Eidgenössischen National- und Ständeratswahlen statt. Einiges scheint sich aber bereits jetzt zu tun. So hat beispielsweise der Vorstand der SVP Kanton Bern der Delegiertenversammlung vom Januar 2015 empfohlen, die beiden Kandidierenden der UDC Jura Bernois – Anne-Caroline Graber und Grossrat Manfred Bühler (Cortébert) – zuoberst auf der Liste für den Nationalrat zu platzieren. Die Berner SP gesteht den Frankophonen eine eigene Liste zu. Und die Liberalen haben die bilingue Stadt-Bernerin Claudine Esseiva für den Ständerat nominiert.

Anne-Caroline Graber will sich jedoch nicht auf diese Bemühungen verlassen. Um ihre Idee aufs politische Parkett zu bringen, hat sie eine Standesinitiative vorbereitet, die sie überarbeitet in kürze als Motion in den Grossen Rat einbringen wird. Das Berner Parlament wird dann entscheiden, ob es Grabers Vorschlag an die Eidgenössischen Räte überweisen will. Das wird jedoch nicht mehr vor den nächsten Wahlen der Fall sein.

Fabian Maierfisch

Link: www.bielertagblatt.ch
In unserem Dossier zur Jurafrage finden Sie weitere Artikel zum Thema.

Anlaufstelle Cactus zieht um

Biel «Contact Netz Biel» verlegt in den kommenden Tagen seine Kontakt- und Anlaufstelle Cactus an die Murtenstrasse 68. Das Zentrum für Drogenkonsumenten wird von der Stadt und dem Kanton Bern unterstützt.

Das Cactus erfüllt seit nunmehr fast 15 Jahren eine wichtige Funktion in Biel. Die Anlaufstelle ist montags bis samstags von 12.30 Uhr bis 19.30 Uhr geöffnet und stellt zusätzlich mittwochs bis 20.45 Uhr einen Bereitschaftsdienst nur für Frauen sicher. Über 400 Konsumenten und Konsumentinnen von Drogen (hauptsächlich Heroin und Kokain) sind angemeldet. Sie können dort Räume nutzen, um unter Aufsicht des vor Ort anwesenden Personals Drogen, die sie selbst mitbringen, zu spritzen oder zu inhalieren. Um Aids und Hepatitis C vorzubeugen, wird im Rahmen eines Programmes auch der Umtausch des Injektionsmaterials ermöglicht.

Soziale Integration

Das aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Pflegefachpersonen bestehende Team versorgt und berät die Drogenkonsumenten, damit sie die Phase der Abhängigkeit so unbeschadet wie nur möglich überstehen können. Das Team bemüht sich vor allem aber auch, diejenigen, denen dies möglich ist, zur Teilnahme an einer Behandlung zu motivieren, um so die soziale Integration zu fördern und den Menschen zu helfen, aus dieser schwierigen Lebensphase wieder herauszufinden.

Das neue Gebäude in der Murtenstrasse 68 sei nicht nur besser an die Aufgaben des Zentrums angepasst, ist einer Mitteilung der Stadt Biel zu entnehmen, sondern verfüge auch über einen nutzbaren Innenhof und über eine kleine Cafeteria, so dass den aufenthaltsberechtigten Nutzerinnen und Nutzern des Cactus eine Alternative zum Aufenthalt auf der Strasse zur Verfügung stehe. «Dies ist ein wichtiges Zusatzangebot für die Nutzerinnen und Nutzer des Cactus, aber auch für die breite Öffentlichkeit, denn so können die Aufenthaltsberechtigten über einen Ort der Begegnung verfügen und den öffentlichen Raum entlasten, wodurch die Entstehung einer offenen Drogenszene in Biel vermieden werden kann.»

Das neue Gebäude – eine ehemalige Direktionsvilla – habe ursprünglich bei weitem nicht alle Grundvoraussetzungen erfüllt, schreibt die Stadt Biel in ihrem Communiqué. Es sei so optimal wie möglich entsprechend den neuen Bedürfnissen gestaltet worden. «Der Architekt Simon Binggeli und sein Team verstanden es nicht nur, sich mit guten Handwerkern zu umgeben, sondern beteiligten auch Drogenabhängige aus den Integrationsprogrammen von Contact Netz Biel an der Arbeit.»

Sicherheitsmassnahmen

Um sicherzustellen, dass der Einzug in die Murtenstrasse 68 auch für die Nachbarschaft problemlos vonstatten geht, hat die Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt Biel in Absprache mit der Kantonspolizei diverse Massnahmen getroffen. So werden am Cactus strengere Zugangskontrollen vorgenommen, die SIP-Teams werden im Umfeld des Gebäudes verstärkt Patrouillen durchführen und die Kantonspolizei wird mehr Präsenz zeigen. Darüber hinaus findet ein Informationsaustausch mit den Sicherheitsdiensten des Bahnhofs und dem in der Nähe befindlichen Einkaufszentrum Coop statt. Die offizielle Eröffnung wird Anfang des kommenden Jahres in Verbindung mit einem «Tag der offenen Tür» organisiert. Die bislang von Cactus und Yucca genutzten Büros und das Restaurant werden in Kürze von der Eigentümerin, der Stadt Biel, zur Vermietung freigegeben.

mt